

Rechtsextremismus War da was?

**Informationen zur extremen Rechten in NRW
und Anregungen für die pädagogische Praxis**

Materialien zum Rechtsextremismus Band 9



Informations- und Dokumentationszentrum
für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen

Impressum

Düsseldorf
Februar 2012

Redaktion: Birgit Rheims, Anne Broden

Herausgeber und Bezug:
Informations- und Dokumentationszentrum
für Antirassismuserbeit in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW)
Volmerswerther Str. 20
40221 Düsseldorf
Tel: 02 11 / 15 92 55-5
Fax: 02 11 / 15 92 55-69
Info@IDA-NRW.de
www.IDA-NRW.de

Dieser Reader entstand im Rahmen des XENOS-Projektes „AufRecht – Aufklärung und Qualifizierung gegen Rechtsextremismus“. Ziel des Projektes ist es, Fachkräfte aus Jugendämtern, Erziehungs- und Schulberatungsstellen sowie Schulsozialarbeit im Themenfeld Rechtsextremismus zu qualifizieren und ihre beraterische Kompetenz für die Arbeit mit ratsuchenden Eltern und anderen Bezugspersonen im Umfeld der Jugendlichen auszuweiten.

Die Publikation wurde im Rahmen des XENOS-Programms „Integration und Vielfalt“ gefördert durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, den Europäischen Sozialfonds und das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen.



gefördert vom:

Ministerium für Familie, Kinder,
Jugend, Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen



ISSN 1436-9052

Gestaltung: Guido Prenger
Druck: Düssel-Druck & Verlag GmbH, Düsseldorf

Inhalt

3 **Einleitung**

Analysen: Rechtsextremismus – Schwerpunkt NRW

4 **Die extreme Rechte in NRW – Ein einleitender Überblick**
Barbara Manthe

8 **„Autonome Nationalisten“**
Jan Schedler

12 **Die politische Strategie der „Autonomen Nationalisten“: Themen**
Jan Schedler

15 **Die „Kameradschaft Aachener Land“**
Franziska Jung

17 **Die Aktionsgruppe Rheinland**
Claudia Merens und Florian Schnaider

20 **Neonazis in Dortmund – Hochburg der „Autonomen Nationalisten“**
Friedrich Kraft

22 **„Autonome Nationalisten“ stellen sich vor –
Selbstdarstellungen im Internet**
Hannah Frühauf

24 **Neonazis im Web 2.0: Themen und Gesprächsstrategien**
Juliane Lang und Yves Müller

27 **Moscheebaukonflikte und die (extreme) Rechte in der Region**
Anna Herkenhoff und Jan Rüter

30 **Die NPD und die Frauen**
Andrea Röpke und Andreas Speit

32 **AN und Gender**
Eike Sanders und Ulli Jentsch

38 **Die NPD auf Stimmenfang bei völkisch orientierten Russlanddeutschen**
Birgit Rheims

Inhalt

- 40 **„Ich bin stolz, Türke zu sein!“**
Kemal Bozay
- 43 **Die Sounds des ausgrenzenden Nationalismus**
Albert Scherr

Pädagogische Praxis: Impulse für Schule und Jugendarbeit

- 46 **Zehn Thesen zur Bildungsarbeit mit rechtsextrem gefährdeten Jugendlichen**
Ricarda Milke, Christine Böckmann und Kathrin Lau
- 51 **Für Demokratie und Menschenrechte: Bausteine zur Auseinandersetzung mit der „Erlebniswelt Rechtsextremismus“**
Christa Kaletsch
- 55 **Argumentieren gegen Rechts - Überlegungen zum Verhalten gegenüber „rechten“ Schüler/innen-Äußerungen**
Rainer Spangenberg
- 58 **Argumente und Strategien für die Auseinandersetzung mit Neonazis im Web 2.0**
Yves Müller und Juliane Lang
- 62 **Die pädagogische Auseinandersetzung mit rechtsextremer Musik**
Gabi Elverich
- 68 **„Comics gegen rechts“ von staatlichen Institutionen und NGOs**
Ralf Palandt
- 72 **Perspektiven des pädagogischen Umgangs mit rechtsextremen Orientierungen in der Migrationsgesellschaft**
Anne Broden

Serviceteil

- 76 Kontakte und Adressen
- 79 Schon angeklickt? www.vielfalt-mediathek.de

Einleitung

Birgit Rheims

Die Morde der rechtsterroristischen Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ haben die Brutalität und Menschenverachtung des Rechtsextremismus in Deutschland in erschreckender Deutlichkeit offenbart. Die eher durch Zufall im November 2011 aufgedeckte Mordserie an neun türkei- bzw. griechischstämmigen Unternehmern und einer Polizistin haben über Monate die Schlagzeilen bestimmt und zu deutlichen Stellungnahmen gegen Rechtsextremismus und Rassismus in Politik und Medien geführt. Die Fahndungsspannen und Verstrickungen der Sicherheitsbehörden wurden problematisiert und auch diffamierende und ausgrenzende Schlagworte wurden in diesem Kontext einer kritischen Prüfung unterzogen (Stichwort: Unwort des Jahres 2011). Im Zuge der öffentlichen Aufarbeitung der Mordserie wurde nicht nur das Täterumfeld verstärkt durch kritische Recherchen in den Blick genommen, auch die Ermordeten wurden nicht mehr als Kriminelle verunglimpft, sondern rückten endlich als Opfer in den Blick – wenn auch um Jahre verspätet.

Führen die rassistischen Morde der Rechtsterroristen nun zu einer nachhaltigen und entschiedenen Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus oder wird mit zeitlicher Distanz das Thema wieder von der politischen Agenda verschwinden und werden Politik und Medien in einigen Monaten oder Jahren wieder fragen: Rechtsextremismus – war das was? Die Prävention und Eindämmung von Rechtsextremismus benötigt, so wissen wir seit Jahren, eine kontinuierliche Unterstützung – auch jenseits brutaler Gewalt und politischer Skandale. Es gilt, die alltäglichen Übergriffe von Neonazis und ihre Netzwerke öffentlich zu machen, die Solidarität mit den Opfern rechtsextremer und rassistischer Gewalt zu stärken, die bis weit in die gesellschaftliche Mitte verbreiteten rechtsextremen Ideologiefragmente und rassistischen Einstellungsmuster zu problematisieren sowie die zivilgesellschaftlichen Initiativen in ihrem Engagement für eine pluralistische und demokratische Gesellschaft nachhaltig zu unterstützen.

Diese Broschüre bietet im ersten Teil Informationen und Analysen zu verschiedenen Aspekten des Rechtsextremismus insbesondere in NRW. Die Autorinnen und Autoren geben einen Überblick über das Spektrum der extremen Rechten, analysieren die in NRW besonders ak-

tiven „Autonomen Nationalisten“, Kameradschaften und Netzwerke und zeigen an unterschiedlichen Beispielen Themensetzungen und Strategien rechtsextremer Gruppen und Parteien auf. In den Beiträgen kommen auch die Widersprüche rechtsextremer Ideologien, szeneeinterne Konflikte und Anschlussmöglichkeiten an Diskurse der gesellschaftlichen Mitte zur Sprache.

Der zweite Teil des Readers widmet sich der pädagogischen Praxis. In mehreren Beiträgen werden vor allem die Rahmenbedingungen der pädagogischen Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen analysiert und Anregungen für die Bildungsarbeit bzw. den pädagogischen Umgang gegeben. Die Autorinnen und Autoren verdeutlichen hierbei u. a. die Bedeutung der Beziehungsebene und einer wertschätzenden bzw. differenzsensiblen Grundhaltung. Darüber hinaus wird in den Beiträgen der Frage nachgegangen, wie in Schule und Jugendarbeit mit rechtsextremen Äußerungen, entsprechender Musik und der Propaganda im Web umzugehen ist und welche Comics als Bildungsmaterialien in den letzten Jahren entstanden sind.

Im abschließenden Serviceteil finden Sie eine Zusammenstellung von Einrichtungen, die in NRW zum Themenspektrum Rechtsextremismus informieren, kommunale und zivilgesellschaftliche Akteure beraten sowie von Rechtsextremismus und Rassismus Betroffene oder Ausstiegswillige unterstützen. Zum guten Schluss weisen wir auf die Vielfalt-Mediathek hin, die zahlreiche Bildungsmaterialien und Arbeitshilfen zum Themenspektrum zum kostenlosen Verleih zur Verfügung stellt.

Wir danken allen Verlagen und Herausgebern sowie den Autorinnen und Autoren für die gute Zusammenarbeit und die freundliche Genehmigung, die ausgewählten Texte in diesem Reader abdrucken zu dürfen. Die Autorinnen und Autoren sind für die Inhalte ihrer Beiträge selbst verantwortlich. Unser Dank gilt zudem dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, dem Europäischen Sozialfonds und dem Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen, die die vorliegende Broschüre im Rahmen des XENOS-Programms „Integration und Vielfalt“ gefördert haben.

Die extreme Rechte in NRW – Ein einleitender Überblick

Barbara Manthe

Das Spektrum der rechtsextremen Szene in Nordrhein-Westfalen reicht von Parteien über militante Neonazis wie den sogenannten „Autonomen Nationalisten“ bis hin zu extrem rechten Burschenschaften und den Grauen Wölfen.

Parteien

Die zwei größten landesweit agierenden rechtsextremen Parteien in NRW sind die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und die sogenannte „Bürgerbewegung Pro NRW“. Vor allem „Pro NRW“ legte in den vergangenen Jahren den Schwerpunkt auf rassistische Propaganda gegen Muslime; auch die NPD setzte im Landtagswahlkampf 2010 auf islamfeindliche Inhalte. Bei anderen ehemals wichtigen extrem rechten Parteien wie der Deutschen Volksunion (DVU) und Die Republikaner (REP) spiegelt sich in NRW der Bundestrend wider: Die DVU sollte eigentlich mit der NPD fusionieren, doch der geplante Zusammenschluss scheiterte an Unstimmigkeiten. Ebenso wie die DVU bewegen sich auch Die Republikaner am Rande der Bedeutungslosigkeit. In mehreren Städten traten Mitglieder der Republikaner zu „Pro NRW“ über.

NPD

Die NPD ist bundesweit die wichtigste extrem rechte Partei. Sie betreibt rassistische und antidemokratische Politik und schlägt eine Brücke zwischen parlamentarischer Arbeit und öffentlichen Aktionen auf der Straße. Verglichen mit anderen Bundesländern war der NPD in NRW allerdings nie großer Erfolg beschieden: Ihr bestes Ergebnis bei Landtagswahlen erreichte die Partei im Jahr 1970 mit 1,1 Prozent, 2010 reichte es lediglich für 0,7 Prozent. Landesweit ist die NPD seit 2009 mit 24 Mandatsträgern in kommunalen Parlamenten vertreten, entwickelte jedoch – abgesehen von einigen Regionen wie etwa Düren – selten ausgeprägte Aktivitäten. Ein jüngerer Versuch der NPD, neue Wähler anzusprechen, war die Einbindung von Russlanddeutschen in einen „Arbeitskreis der Russlanddeutschen in der NPD“. Der Vorsitzende des NPD-Arbeitskreises ist zugleich Führungskader der in NRW ansässigen extrem rechten „Russlanddeutschen Konservativen“.

Die Jungen Nationaldemokraten (JN), die Jugendorganisation der NPD, traten in NRW in den letzten Jahren vor allem durch kleinere Kundgebungen hervor. 2011 versuchten sie, sich mit der Forderung nach der Wiedereinführung der Todesstrafe für Sexualstraftäter öffentlichkeitswirksam zu profilieren. Für ihre inszenierten „Mahnwachen“ konnten sie aber meist nicht mehr als ein paar Dutzend Aktivisten mobilisieren. Selbst sceneintern ernteten die nordrhein-westfälischen JN-Mitglieder Spott für ihr unzeitgemäßes Auftreten mit abasierten Haaren und Springerstiefeln. Ein aktueller Grund dafür, dass die NPD in NRW relativ wenig Einfluss hat, dürfte die Konkurrenz sein: Weder kann die NPD bisher mit den Strategien von „Pro NRW“ mithalten, noch ist sie in der Lage, sogenannte „Kameradschaften“ oder die in der Regel jüngeren „Autonomen Nationalisten“ in ihre Strukturen einzubinden.

„Pro NRW“

„Pro NRW“, 2007 als landesweiter Ableger der extrem rechten „Bürgerbewegung Pro Köln“ entstanden, verfügte in der Vergangenheit in der Regel nur über eine dünne Personaldecke und war häufig nicht in der Lage, ihre Veranstaltungen professionell zu organisieren. Dennoch konnte die Partei mit ihrer rechtspopulistischen Stoßrichtung, vor allem mit der Propaganda gegen eine vermeintliche „Islamisierung“ Deutschlands und der Ablehnung örtlicher Moscheebauprojekte, an islamfeindliche Diskurse in der Mitte der Gesellschaft anknüpfen. Stellenweise verbuchte sie daher bei Wahlen und bei ihrer öffentlichen Inszenierung Erfolge – so zum Beispiel in Köln. „Pro NRW“ arbeitet mit europäischen Rechtsextremen, etwa der österreichischen FPÖ und dem belgischen „Vlaams Belang“, zusammen. Auch wenn „Pro Köln“ und „Pro NRW“ organisatorische und inhaltliche Verbindungen zur militanten Neonaziszene zurückweisen, um sich nach außen hin als „Saubermänner“ darzustellen, liegt die politische Heimat wichtiger „Pro“-Funktionäre bei neonazistischen Organisationen, etwa der NPD oder der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH). Bis vor einigen Jahren waren darüber hinaus gemeinsame Demonstrationen von „Pro Köln“ und dem militanten Kameradschaftsspektrum an der Tagesordnung.

„Pro NRW“ und „Pro Köln“ versuchen mit eigenen Jugendabteilungen sowie verstärkter Werbung bei Erstwählern und an Schulen, junge Menschen anzusprechen. Einen Schwerpunkt legen sie dabei auf die Ausgrenzung von Schülern und Schülerinnen mit Migrationshintergrund, denen sie unter anderem „Deutschenfeindlichkeit“, fehlenden Willen zur Integration und kriminelles Verhalten unterstellen.

Kameradschaften

Kameradschaften sind parteiungebundene Zusammenschlüsse von Neonazis, die nach Verbotsverfahren rechtsextremer Organisationen in den 1990er Jahren entstanden sind. Inhaltlich und organisatorisch grenzen sie sich von Parteien wie der NPD ab, obgleich es immer wieder zu personellen Überschneidungen und Kooperationen kommt. Regional organisierte Gruppen sogenannter „Freier Kameradschaften“ mit mehr oder weniger festen Strukturen agieren selbständig und bündeln in der Regel einen großen Teil des militanten Neonazispektrums. In NRW sind als Beispiele die „Skinhead-Front Dortmund-Dorstfeld“, die „Kameradschaft Hamm“, der „Nationale Widerstand Unna“ oder die „Kameradschaft Aachener Land“ zu nennen. Letztere arbeitet mit der örtlichen NPD zusammen. Aus den Reihen der nordrhein-westfälischen Kameradschaften kam es in den vergangenen Jahren häufig zu gewalttätigen Übergriffen auf Personen, die nicht in das Weltbild der Rechtsextremen passen.

„Autonome Nationalisten“

Aus den Kameradschaften entwickelte sich etwa ab 2002 eine neue stilprägende Richtung des militanten Neonazismus: Die meist jungen „Autonomen Nationalisten“ (AN) unterscheiden sich von anderen Neonazis weniger durch neue Inhalte als vielmehr durch ihr optisches Erscheinungsbild und ihre Aktionsformen, die der autonomen Linken entlehnt sind. Während „Autonome Nationalisten“ in vielen Bundesländern kaum von Bedeutung sind, stellen sie in NRW einen Großteil jugendlicher Neonazis. Hochburgen bilden die Regionen um Aachen, Dortmund und Köln, aber auch an anderen Orten wie Ahlen, Moers oder Leverkusen sind AN aktiv.

Von den Kameradschaften sind sie häufig schwer abzugrenzen, da auch viele Neonazis, die sich selbst nicht zu den „Autonomen Nationalisten“ zählen, den neuen Kleidungsstil mit schwarzen Jacken und Baseballkappen schon lange dem „klassischen“ Outfit aus Bomberjacken und Springerstiefeln vorziehen. Darüber hinaus arbeiten gerade in NRW „Autonome Nationalisten“ und

Personenanzahl

Laut Verfassungsschutzbericht hatte die nordrhein-westfälische NPD im Jahr 2010 rund 750 Mitglieder, die Stärke von „Pro Köln“/„Pro NRW“ wurde auf etwa 350 Angehörige geschätzt. Dem militanten Neonazispektrum in NRW gehörten rund 640 Personen an, davon über ein Drittel sogenannter „Autonomer Nationalisten“. Überlappende Mitgliedschaften, etwa bei der NPD, sind dabei nicht ausgeschlossen.

Kameradschaften oft eng zusammen bzw. gehören den gleichen Strukturen an. So ist etwa die unter dem Namen „Freie Kräfte Köln“ auftretende Kölner Kameradschaft Teil der „AG (Aktionsgruppe) Rheinland“, einer Vernetzungsstruktur von „Autonomen Nationalisten“. Auf den für NRW relevanten jährlich stattfindenden Aufmärschen in Dortmund und Stolberg kommt regelmäßig das NRW-Spektrum zusammen. Auch von „Autonomen Nationalisten“ geht ein hohes Maß an Gewalt – vor allem gegen Andersdenkende und die Polizei – aus.

Graue Wölfe

Als „Graue Wölfe“ (türkisch: Bozkurtlar) werden die Anhänger der im türkischen Parlament vertretenen „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP) sowie der „Großen Einheitspartei“ (BBP) bezeichnet, die einen ausgeprägten Rassismus gegenüber nicht türkisch-sunnitischen Bevölkerungsgruppen vertreten. In Deutschland sind die Grauen Wölfe in sogenannten Idealistenvereinen (Ülkücü Vereine) der Deutschen Türkischen Föderation (ATF) organisiert, die Teil des europaweiten Dachverbandes ADÜDTF ist. Zur Tradition der Grauen Wölfe bekennen sich zudem die Türkisch-Islamische Union Europa (ATIB) und die Föderation der Weltordnung in Europa (ANF). In den letzten Jahren kam es mehrfach zu gewalttätigen Übergriffen türkischer Ultranationalisten auf kurdische Vereine und Jugendliche. NRW zählt mit etwa 70 Vereinen zu den regionalen Schwerpunkten der Ülkücü-Bewegung. Insbesondere Lehrer und Lehrerinnen aus Köln verwiesen auf bedrohliche Aktivitäten türkisch-nationalistischer Gruppen an Schulen. Junge Anhänger der „Ülkücü-Bewegung“ verbreiten im Internet auf zahlreichen Blogs und Videportalen gegen Kurden, Homosexuelle, Armenier oder andere Gruppen gerichtete Hetze. Die Auswertung der Internetaktivitäten deutet dem Verfassungsschutz NRW zufolge darauf hin, dass sich in mehreren Städten (zum Beispiel Köln, Gelsenkirchen, Bonn und Duisburg) Jugendszenen etabliert haben, die sich mit den Zielen der Ülkücü-Bewegung identifizieren.

Neue Rechte und extrem rechte Burschenschaften

Unter der Bezeichnung „Neue Rechte“ ist vor allem der Teil der extremen Rechten zu verstehen, der in Opposition zur Studentenrevolte in den 1960er Jahren entstand und sich auf einen völkischen Nationalismus bezieht, nicht jedoch auf den Nationalsozialismus. Das wichtigste Organ der Neuen Rechten ist die Wochenzeitung „Junge Freiheit“, der es seit den 1990er Jahren gelungen ist, sich einerseits als nonkonformes Blatt von rechts darzustellen und andererseits an die gesellschaftliche Mitte anzudocken: Regelmäßig stehen beispielsweise der „Jungen Freiheit“ Politiker und Politikerinnen von etablierten Parteien als Interviewpartner zur Verfügung, die Zeitung präsentiert sich auf der Frankfurter Buchmesse und

ihre Autoren und Autorinnen schreiben mitunter auch für große Tageszeitungen. Dies funktioniert nicht zuletzt deswegen, weil die Zeitung sich gegenüber dem konservativen Spektrum geöffnet hat und viele ihrer Positionen auch im politischen Mainstream zu finden sind. Das Organ verbreitet jedoch antidemokratische und extrem rechte Inhalte: Hauptthemen sind Mahnrufe gegen eine angebliche „Überfremdung“ Deutschlands und islamfeindliche Argumentationen, die mit christlich-fundamentalistischen Versatzstücken arbeiten. Die historischen Artikel in der „Jungen Freiheit“ zielen häufig darauf ab, die Zeit des Nationalsozialismus als „normale“ geschichtliche Epoche darzustellen und betonen angebliche Unrechts taten der Alliierten gegen die Deutschen im Zweiten Weltkrieg.

Begrifflichkeiten

Der Begriff **„Rechtsextremismus“** stellt in Forschung und Öffentlichkeit eine gängige Bezeichnung für nationalsozialistische, rassistische und antisemitische Einstellungs- und Verhaltensmuster dar. Das zentrale Merkmal des aktuellen Rechtsextremismus sind Ungleichwertigkeitsvorstellungen: Andere Personengruppen werden als „fremd“ und als minderwertig wahrgenommen. Rechtsextreme stellen das Prinzip gesellschaftlicher Gleichheit infrage und grenzen andere aus, die sie nicht zum „deutschen Volk“ rechnen. Dieses definieren sie ethnisch-national und sprechen ihm zahlreiche positive Eigenschaften zu. Eine kulturalisierte Form des Rassismus, die sich derzeit vor allem in antimuslimischen Ressentiments äußert, geht von der Ungleichwertigkeit der Kulturen aus und schreibt insbesondere dem Islam pauschal bestimmte Eigenschaften wie etwa Demokratie- und Menschenfeindlichkeit zu.

Der Begriff „Rechtsextremismus“ wird häufig kritisiert, da er nach Meinung vieler Sozialwissenschaftler und -wissenschaftlerinnen zu eng mit der Frage von Verfassungstreue verknüpft ist. Das Problem werde am Rand der Gesellschaft verortet und als „Anormalität“ wahrgenommen. Dies verschleierte die Tatsache, dass rassistische und nationalistische Einstellungen auch in der gesellschaftlichen Mitte verbreitet sind.

„Rechtsradikalismus“ wird heute nur noch selten verwendet, unter anderem weil der Terminus des Radikalismus eine andere Geschichte hat, da etwa im Kaiserreich Liberale und Republikaner als „Radikale“ bezeichnet wurden. Negative Konnotationen erlangte die Bezeichnung auch durch den „Radikalenerlass“ in den 1970er Jahren, der sich vor allem gegen Linke richtete.

Unter dem in letzter Zeit häufig auftauchenden Begriff des **„Rechtspopulismus“** versteht man weniger eine inhaltliche Bestimmung als vielmehr bestimmte politische Strategien und Methoden. Mit populistischen Politikformen werden rechtsextreme Inhalte in „volksnaher“ Form vermittelt, wobei rechtspopulistische Gruppen vermeintliche „Stimmungen“ und Ressentiments aus der Bevölkerung aufgreifen und sich als „Protestbewegungen“ gerieren. Rechtspopulistische Strategien sind nicht zwangsläufig dem Rechtsextremismus zuzuordnen, sondern bewegen sich häufig in der Grauzone zwischen einem rechtskonservativen und dem rechtsextremen Spektrum. Sie stellen somit Schnittstellen dar und überbrücken die Distanz zwischen vermeintlich etablierten und als rechtsextrem geltenden Positionen.

Die Bezeichnung **„Neue Rechte“** markiert sowohl einen Generationenwandel als auch eine ideologische Neuorientierung eines bestimmten Teils der extremen Rechten ab den 1970er Jahren. In Abgrenzung zur NPD und aktiven Altnazis sah sich die sehr heterogene Strömung der „Neuen Rechten“ teils als zukunftsgerichtete Modernisierer, die auch soziale Themen von rechts besetzten. Ein anderer Teil der „Neuen Rechten“ sind eher als Rechtsintellektuelle zu begreifen, wobei die Grenze zwischen extrem rechten und rechtskonservativen Inhalten häufig schwer zu ziehen ist. Rechtsintellektuelle verbreiten antiliberale und antiegalitäre Haltungen, völkischen Nationalismus und Islamfeindlichkeit. Hinzu kommt ein ethnopluralistischer Rassismus, welcher die Vorstellung homogener „Völker“ vertritt, von denen eingefordert wird, dass sie in ihren „angestammten“ Ländern verweilen.

Im Rahmen des sehr breit gefächerten Spektrums von Studierendenverbindungen gibt es auch viele Burschenschaften, die rechtsextremes Gedankengut verbreiten. Elemente extrem rechten burschenschaftlichen Denkens sind die völkische Ideologie, männerbündische Traditionen, Rassismus und Antisemitismus. Beispiele für solche Burschenschaften in NRW sind die „Alte Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn“, die im Sommer 2011 auffiel, als sie den Ausschluss einer Verbindung forderte, die einen Studenten mit chinesischen Eltern aufgenommen hatte, und die Bielefelder Burschenschaft „Normannia-Nibelungen“. Mitglieder letzterer Verbindung sind im extrem rechten Spektrum aktiv: So organisierte ein „Bundesbruder“ der Normannia-Nibelungen ein Seminar mit der neonazistischen „Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland“, welche die jährlichen Großaufmärsche von Neonazis in Dresden anlässlich des Jahrestags der Bombardierung der Stadt im Februar 1945 organisiert. Ein anderes Mitglied betreibt das RechtsRock-Label „Wewelsburg Records“, benannt nach der ehemaligen SS-Schulungsstätte in Ostwestfalen.

Lifestyle und subkulturelle Milieus

Extrem rechter Lifestyle stellt einen wichtigen Bezugspunkt insbesondere bei jungen Rechtsextremen dar: Kleidung, Musik und gemeinsame Erlebnisse sind relevante Identifikations- und Abgrenzungsinstrumentarien und bieten zugleich die Möglichkeit, nicht-rechte Jugendliche anzusprechen und in die Strukturen ein-

zubinden. Dabei wirkt häufig rechtsextremer Lifestyle in Milieus hinein, die sich selbst nicht als politisch wahrnehmen, was bei Fußballfans oder in bestimmten Musikszenen deutlich wird. Gerade in Städten mit einer aktiven militanten Neonaziszene, beispielsweise in Dortmund oder Aachen, gibt es personelle Überschneidungen mit rechten Hooligans, etwa in der „Borussenfront“ oder bei dem Verein Alemannia Aachen. Rechtsextreme Konzerte und Liederabende mit teils mehreren hundert Teilnehmenden finden in NRW regelmäßig statt, teilweise sogar in der Öffentlichkeit, wie etwa im September 2010, als die Dortmunder Rechtsrock-Band „Libertin“ in der Dortmunder Innenstadt spielte.

Rechtsextreme verbreiten über das Internet, sei es auf Webseiten, Blogs oder über Facebook und Twitter, nicht nur gezielt Propaganda, sondern sie nutzen das Web 2.0, um sich zu vernetzen und miteinander zu kommunizieren. Die selbstverständliche Nutzung sozialer Netzwerke gerade durch „Autonome Nationalisten“ ist allein deshalb nicht verwunderlich, weil die Akteure selbst vergleichsweise jung sind. Als einen bedeutsamen Internetauftritt mit extrem rechten Inhalten ist auf den Blog „PI News“ zu verweisen, der sich vor allem gegen den Islam richtet. Sein Betreiber aus Bergisch Gladbach pflegt Kontakte zu extrem rechten Gruppen wie den „Pro“-Parteien sowie zu Rechtsextremen im Ausland. Der Blog wird in der Öffentlichkeit stark wahrgenommen, was unter anderem dadurch ersichtlich wird, dass er häufig zitiert wird; gleichzeitig ist er in der Lage, in der extrem rechten Szene Diskurse mitzubestimmen.

Die NPD auf Stimmenfang bei völkisch orientierten Russlanddeutschen

Birgit Rheims

Seit einer von Russlanddeutschen organisierten Demonstration gegen angebliche Geschichtsfälschungen in einem Schulbuchverlag, die im August 2008 unter Beteiligung des NPD-Landesvorsitzenden und mehrerer Neonazis vor dem Düsseldorfer Landtag stattfand, sind rechtsextreme Gruppen von Russlanddeutschen in das Blickfeld einer breiteren Medienöffentlichkeit geraten. Das Weltbild der versammelten Rechtsextremen spiegelte sich deutlich in den mitgebrachten Transparenten wider: „Wir sind alle ein Volk – wir sind ein Reich.“

Bundesweit gelten nur wenige russlanddeutsche Kader zum NPD-nahen Umfeld – in NRW sind dies vor allem **Andrej Triller** und Johann Thießen. Zum Netzwerk der extrem rechten Russlanddeutschen in NRW zählen:

Der „Freundeskreis der Russlanddeutschen Konservativen“, der sich auch „Die National-Konservative Bewegung der Russlanddeutschen“ nennt, wird von Andrej Triller geleitet. Die Gruppe betreibt (mit Postfachadresse Gummersbach bzw. neuerdings Düren) das deutsch-russische Internetportal „Volksdeutsche Stimme“, auf dem ausführlich für die NPD und ein breites Spektrum der extremen Rechten – auch Neonazis in Russland – geworben wird. Die „Volksdeutsche Stimme“ verbreitet in ihren veröffentlichten Beiträgen Rassismus, Antisemitismus, Antiamerikanismus und Verschwörungstheorien (etwa bezogen auf die Anschläge des 11. September 2001 oder die Morde des rechtsterroristischen „Nationalsozialistischen Untergrundes“).

Die „Schutzgemeinschaft für Volk und Vaterland“, auch „Schutzgemeinschaft ‚Deutsche Heimat‘ der Deutschen aus Russland“ genannt, steht unter dem Vorsitz von **Johann Thießen** und hat ihren Sitz in Düren. Sie pflegt nach eigenen Angaben das „deutsche Volkstum“ und ist vor allem mit Kundgebungen gegen angebliche Fälschungen der Geschichte der Russlanddeutschen im Nationalsozialismus öffentlich in Erscheinung getreten. Sie arbeitet insbesondere in Düren eng mit der NPD zusammen. Thießen kandidierte 2009 für die NPD bei der Kommunalwahl in NRW, trat als Redner auch auf bundesweiten Versammlungen der NPD auf und gehört den „Russlanddeutschen Konservativen“ an. Zwischen den „Russlanddeutschen Konservativen“ und der „Schutzgemeinschaft ‚Deutsche Heimat‘“ gibt es personelle Überschneidungen.

Die Monatszeitschrift „Ost-West-Panorama“, die teils in russischer, teils in deutscher Sprache erscheint, rich-

tet sich explizit an Russlanddeutsche und wurde in den letzten Jahren vom „Alemania Media Verlag“ in Marsberg herausgegeben. Sie sorgte insbesondere 2008 für Schlagzeilen, als bekannt wurde, dass der Chefredakteur **Heinrich Daub** und der Verleger Viktor Harder – beide damals noch CDU-Mitglieder – NPD-Politikern viel Raum zur Verbreitung ihrer Propaganda einräumten. Seit diesem Eklat ist die Internetseite der Zeitschrift „im Umbau“. In ihrer auf Deutschland bezogenen Berichterstattung wird für die NPD geworben und gegen eine angebliche „Überfremdung des deutschen Volkes“ oder die „Islamisierung unseres Landes“ agitiert. Vor den Landtagswahlen 2010 schaltete die islamfeindliche Partei Pro NRW nach eigenen Angaben erstmalig Wahlaufrufe in russischer Sprache und Werbeanzeigen im „Ost-West-Panorama“.

„Arbeitskreis der Russlanddeutschen in der NPD“: Völkische Propaganda gegen „Multikultur“

Die Zusammenarbeit von rechtsextremen Russlanddeutschen und NPD hatte im Februar 2008 mit der Gründung des „Arbeitskreises der Russlanddeutschen in der NPD“ in Berlin konkretere Formen angenommen. Die NPD wollte und will sich damit ein neues Wählerpotential erschließen: Rund 2,5 Millionen Aussiedler und Aussiedlerinnen aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion leben in Deutschland – in NRW sind es rund 600.000 Personen. Die NPD versucht, sich als die einzige Interessenvertretung der Russlanddeutschen zu etablieren und mit Forderungen nach einem den Russlanddeutschen „zustehenden Platz in der deutschen Volksgemeinschaft“ an Ausgrenzungserfahrungen von Aussiedlern und Aussiedlerinnen in Deutschland anzuknüpfen. Dem völkischen Denken entsprechend ist dieses Angebot der Anerkennung stets verbunden mit dem Ausschluss jedweder anderer „nicht-deutschen“ Zuwanderung.

Die Zugehörigkeit der Russlanddeutschen zum „Deutschen Volk“ und die rigorose Ablehnung jeder „nicht-deutschen“ Einwanderung bzw. „multikulturellen Politik“ spiegelt sich auch in allen Verlautbarungen rechtsextremer Russlanddeutscher wider: So warnte Andrej Triller bei Gründung des NPD-Arbeitskreises davor, dass „wir – Deutsche – eine Minderheit im eigenen Land bilden“. Und in einem Wahlauf Ruf für die NPD im Vorfeld der NRW-Landtagswahlen im Mai 2010 hieß es: „Wenn wir jetzt

nichts unternehmen gegen die multikulturelle Politik (...) verlieren wir unsere Identität, Kultur und das Ererbe von unseren Vorfahren“.¹⁾

Die Beteiligung von Russlanddeutschen an rechtsextremen Aufmärschen in Dortmund, Bad Nenndorf oder Dresden, Kandidaturen einzelner russlanddeutscher Aktivisten für die NPD und Wahlauftritte anlässlich von Bundes-, Landtags- oder Kommunalwahlen haben der NPD nicht die erhofften Wählerstimmen gebracht: Bei der Landtagswahl in NRW erzielte die NPD 2010 weniger Zweitstimmen als bei den Wahlen 2005 – der angestrebte Zugewinn blieb aus.

Neonazis und Russlanddeutsche: Von Wohlwollen bis zu gewalttätiger Ausgrenzung

Der Versuch der NPD, neue Anhänger und Wähler unter Russlanddeutschen zu mobilisieren, ist innerhalb der rechtsextremen Szene nicht unumstritten. Auf einschlägigen Internetforen (wie Wikinger-Versand, Störtebecker-Netz oder altermedia.info) offenbarte eine Mehrheit der Neonazis vor allem ihre massive Feindschaft: In den szeneeigenen Debatten wurde eine Anerkennung der Russlanddeutschen nach der völkischen Lehre abgelehnt, in NS-Terminologie über „Halbdeutsche“ und „7/8 Russen“ gehetzt und mit Hinweisen auf Fremdheit bzw. fehlende Integrationsbereitschaft ihr Ausschluss aus der „deutschen Volksgemeinschaft“ gefordert.²⁾

Hintergrund dieser szeneeigenen Differenzen – so die Soziologin Tatjana Golova – sind Diskrepanzen zwischen verschiedenen Ideologeelementen bzw. zwischen Ideologie und Praxis: „(...) einerseits hängt diese Szene dem völkischen Konstrukt der Blutsverwandtschaft an, nach dem wenigstens der ‚wirkliche‘ Teil der Aussiedler zur Volksgemeinschaft gehört. Andererseits orientiert sie sich bei der Einordnung in die Wir- bzw. Sie-Kategorie an eher alltagsrelevanten Merkmalen wie Sprache und Alltagskultur – nach diesen Merkmalen werden die Russlanddeutschen eher als Ausländer identifiziert. (...) Der Vergleich der Darstellungen von Russlanddeutschen in den verschiedenen rechten Kreisen macht die Annahme plausibel, dass dort, wo die Ideologieproduktion das primäre Anliegen der Politik darstellt, die Russlanddeutschen eher als ‚richtige Deutsche‘ angesehen werden. Umgekehrt gilt: Je relevanter die Straßenpolitik bzw. Elemente der Alltagskultur für das politische Selbstverständnis sind, desto deutlicher fällt die Ablehnung der Russlanddeutschen aus.“³⁾

Brutaler Ausdruck dieser Ablehnung sind zahlreiche gewalttätige Übergriffe meist jugendlicher Neonazis auf Aussiedler und Aussiedlerinnen in den letzten Jahren, die bis hin zu schwersten Gewalttaten reichen: 2003 ermordete ein Neonazi drei junge Männer in Heidenheim/Baden-Württemberg; 2004 töteten vier junge Neonazis einen Aussiedler in Gera/Thüringen.

Völkische Identitätsangebote gehen an der Lebensrealität vorbei

Welches Potential die NPD bzw. NPD-nahe russlanddeutsche Gruppen unter völkisch orientierten Aussiedlern und Aussiedlerinnen erreichen können, lässt sich nicht genau bemessen. Einerseits gelten tradierte ethnozentristische bzw. ultranationalistische Orientierungen, in Deutschland erfahrene Stigmatisierungen und Ausgrenzungen sowie der mit der Übersiedlung oft verbundene soziale und ökonomische Abstieg der Aussiedler und Aussiedlerinnen als Anknüpfungspunkte: Die völkische Rhetorik verspricht den „deutschen Landsleuten“, „den Brüdern und Schwestern aus Russland“ volle Anerkennung und bedient mit der gleichzeitigen Hetze gegen alle anderen Zuwanderungsgruppen bereits in den früheren Sowjetrepubliken verbreitete rassistische Schemata. In besonders drastischer Weise zeigten sich die Folgen einer solchen Freund-Feind-Rhetorik mit dem Mord an der Ägypterin Marwa El Sherbina im Juli 2009 in Dresden: „Haben Sie überhaupt ein Recht, in Deutschland zu sein? Sie haben hier nichts zu suchen ... wenn die NPD an die Macht kommt, ist damit Schluss. Ich habe NPD gewählt.“⁴⁾ – mit diesen Worten hatte sich Alexander Wiens, ein 28-jähriger Russlanddeutscher, in einem Gerichtssaal auf sein Opfer gestürzt und die Frau ermordet.

Andererseits lassen die massive Ablehnung der als Fremde stigmatisierten „Russen“ und die vielen gewalttätigen Übergriffe von Neonazis auf Angehörige dieser Gruppe vermuten, dass die Mobilisierungschancen der NPD äußerst beschränkt sind. Hinzu kommt, dass die Gruppe der Aussiedler und Aussiedlerinnen aus Russland sehr heterogen ist. Viele haben hybride transkulturelle Identitäten, engagieren sich für Pluralismus und Demokratie und lassen sich nicht im Sinne des NPD-Argumentationsmusters „Aussiedler sind keine bösen Ausländer“ instrumentalisieren. So schlussfolgern auch Chepikova und Leiß: „Eigentlich spricht in Zielen und Programm der NPD nichts dafür, dass die Russlanddeutschen (...) sich mit der NPD identifizieren oder diese Partei wählen sollen. (...) Versucht eine Partei, diese Gruppe politisch zu aktivieren und ihre Stimmen zu gewinnen, so ist zu erwarten, dass das eine Partei ist, die auf Offenheit der Gesellschaft für unterschiedliche Kulturen und auf eine bessere Integration der Einwanderer orientiert ist.“⁵⁾

1) Zitiert nach: Völkische Brückenbauer, in: AIB, 3/2010, S. 24-25, hier S. 24.

2) Siehe z. B.: Jörg Kronauer: Heim ins Reich? Deutschbewusste Russlanddeutsche, in: Lotta – antifaschistische Zeitung aus NRW, #32, Herbst 2008, S. 40-42; Tatjana Golova: Akteure der (extremen) Rechten als Sprecher der Russlanddeutschen? Eine explorative Analyse, in: Sabine Ipsen-Peitzmeier, Markus Kaiser (Hg.): Zuhause fremd. Russlanddeutsche zwischen Russland und Deutschland, Bielefeld 2006, S. 241-277.

3) Golova (Anm. 2), hier: S. 257 und 262f.

4) Zitiert nach: Zeit-online v. 9.7.2009 (www.zeit.de/online/2009/28/mord-im-gerichts-saal)

5) Ksenia Chepikova, Olaf Leiß: Xenophobie als politisches Instrument. Russlanddeutsche und die NPD, in: Gesellschaft. Wirtschaft. Politik, 4/2009, S. 465-472.

Perspektiven des pädagogischen Umgangs mit rechtsextremen Orientierungen in der Migrationsgesellschaft

Anne Broden

Einleitung

In den vergangenen zehn Jahren sind zahlreiche Projekte zur Prävention und zum Umgang mit rechtsextremen Orientierungen bei Jugendlichen durchgeführt worden. Es gibt etliche Publikationen, die sich mit den verschiedenen Aspekten des Rechtsextremismus – Rassismus, Antisemitismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus etc. – auseinandersetzen. Pädagoginnen und Pädagogen haben in diesen Jahren deutlich mehr Handlungssicherheit im Umgang mit diesen Phänomenen erlangt. Diese Kompetenz wird häufig nur auf die pädagogische Arbeit mit sog. mehrheitsangehörigen Jugendlichen bezogen. Viele Pädagoginnen und Pädagogen fragen sich hingegen, wie sie mit solchen ideologischen Einstellungen und Handlungen bei Jugendlichen mit sog. Migrationsgeschichte¹⁾ umgehen sollen. Sie glauben, für den Umgang mit diesen Jugendlichen spezifische Kenntnisse und Kompetenzen zu benötigen, weil sie die Auffassung vertreten, dass diese Jugendlichen (so) anders sind, dass der Umgang mit ihnen ein besonderes pädagogisches Repertoire erfordert.

Nachfolgend werden einige Perspektiven des pädagogischen Umgangs mit rechtsextremen Orientierungen in der Migrationsgesellschaft benannt. Es wird hier von „Perspektiven“ gesprochen, nicht von „Antworten“ oder gar „Patentrezepten“, denn Pädagogik ist immer eine Frage der Haltung und es ist nie klar, was am Ende herauskommt; sie stellt immer eine Herausforderung dar und kann sich nie auf unanfechtbare Wissensbestände zurückziehen.

Wann ist die ethnisch/nationale Herkunft rechtsextrem oder nationalistisch orientierter Jugendlicher relevant für die pädagogische und politische Arbeit und wann nicht? Ist es für Pädagoginnen und Pädagogen sinnvoll, „farbenblind“ zu sein, also Herkunft zu ignorieren?

Die amerikanische Dichterin Pat Parker sagt: „Wenn du mit mir sprichst, vergiß, daß ich eine Schwarze bin. Und vergiß nie, daß ich eine Schwarze bin.“²⁾ Dieses Zitat macht deutlich, dass die Frage, wann Herkunft oder Dif-

ferenz relevant sind und wann nicht, eine pädagogische Herausforderung darstellt. Die Herausforderung besteht darin, ein Verständnis dafür zu entwickeln, wann es notwendig ist, ethnische, nationale, religiöse und/oder kulturelle Differenzen und Herkunft zu benennen und wann nicht. Heterogenität ist die Normalität in der Migrationsgesellschaft Deutschland und braucht als solche nicht explizit benannt zu werden. Aber manchmal ist es doch bedeutsam, Differenzen anzusprechen. Dies kann beispielsweise notwendig sein, wenn ein Verschweigen von Differenzen den vorherrschenden Praxen in die Hände spielt oder wenn „Farbenblindheit“ Gewalt ignoriert oder gar ermöglicht. Beispiele für diese problematischen Praxen sind u. a. das Feiern christlicher Feste bei gleichzeitiger Ignoranz der Festtage anderer, in der Schulklasse vertretener Religionen. Oder wenn in einem Haus der Offenen Tür (OT) beim Auftauchen rechtsextremer Jugendlicher physiognomisch als „Andere“ gekennzeichnete Besucherinnen und Besucher nicht besonders geschützt werden, obwohl sie u. U. gefährdeter sind als andere.

Wenn Jugendliche mit sog. Migrationsgeschichte rechtsextreme, nationalistische oder menschenverachtende Ideologien vertreten und durchzusetzen suchen, ist diesen Jugendlichen ebenso vehement zu widersprechen und ihnen sind ebenso deutlich Grenzen aufzuzeigen wie allen anderen Jugendlichen mit solchen Positionen auch. Jugendliche mit sog. Migrationsgeschichte haben wahrscheinlich Rassismuserfahrungen gemacht, die berücksichtigt werden müssen, aber sog. mehrheitsangehörige Jugendliche mit einer rechtsextremen Orientierung haben oftmals ebenfalls problematische Erfahrungen wie Gewalt in der Familie und/oder Deprivation erlebt. Die psycho-sozialen Hintergründe von Ungleichwertigkeitsvorstellungen und rechtsextremen Orientierungen sind immer für pädagogische Intervention relevant, unabhängig von der Herkunft der Jugendlichen.

Antisemitische Einstellungen können sich je nach Herkunft der Jugendlichen unterscheiden. So ist beispielsweise Antisemitismus unter Jugendlichen mit sog. Migrationsgeschichte und/oder Muslimas und Muslimen eher durch den Nahost-Konflikt geprägt, während sog. Mehrheitsangehörige auch auf Stereo-

type des sekundären Antisemitismus rekurren. Brauchen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im pädagogischen Umgang mit Jugendlichen spezielle Kenntnisse, z. B. über den Nahost-Konflikt respektive den sekundären Antisemitismus?

Pädagogische Fachkräfte sollten das Spektrum antisemitischer Vorurteile, die in Deutschland virulent sind, kennen, um entsprechende Einstellungen und Verhaltensweisen überhaupt erkennen zu können. Für die pädagogische Auseinandersetzung mit Antisemitismus unter Jugendlichen mit sog. Migrationsgeschichte ist es entsprechend hilfreich, ein Mindestmaß an Kenntnissen über den Nahost-Konflikt zu haben, weil antisemitische Vorurteile u. a. durch diesen Konflikt konnotiert sind. Aber diese Fakten stellen nur einen Teil notwendiger Wissensbestände und Kompetenzen dar. Wichtige Fragen über historisch-politische Fakten hinaus sind beispielsweise: Welchen (familiären) Bezug hat der/die Jugendliche zu Israel und Palästina? Spielen die eigenen Rassismus- und/oder Fluchterfahrungen sowie mangelnde Partizipationschancen und systematische Bildungsbenachteiligung einer vorschnellen Identifikation mit der palästinensischen Bevölkerung in die Hände? Welche Rolle kommt der in Deutschland herrschenden Islamfeindlichkeit zu? Welchen Einfluss haben Familie und Peers?

Neben diesen migrationspezifischen Fragestellungen sind die Empathiefähigkeit, der Kontakt zwischen dem/der Pädagog/en/in und dem/der Jugendlichen von entscheidender Bedeutung. Der „subjektive Faktor“ ist im pädagogischen Kontext oftmals bedeutsamer als die Kenntnisse historisch-politischer Fakten.

Wie können Rassismuserfahrungen angemessen berücksichtigt werden?

Grundsätzlich ist es sinnvoll und notwendig, Jugendlichen Räume zu eröffnen, in denen sie ihre Rassismuserfahrungen thematisieren können, denn diese Erfahrungen stellen einen bedeutsamen Teil der Lebenswelt der Jugendlichen dar. Räume, in denen Rassismuserfahrungen thematisiert werden können, bieten den Jugendlichen die Möglichkeit, sich über individuelle oder auch kollektive Strategien im Umgang mit Rassismus auszutauschen, eigene Strategien zu entwickeln und sich im besten Fall als selbstwirksam zu erleben.

Ein multiethnisches Team oder Kollegium kann die Begleitung der Jugendlichen bei der Thematisierung von Rassismuserfahrungen erleichtern. Pädagoginnen und Pädagogen mit sog. Migrationsgeschichte können eine hilfreiche Unterstützung bei diesen Empowermentprozessen sein.

Geschützte Räume anzubieten heißt nicht, Jugendliche als vermeintliche Opfer anzusehen, sondern geht notwendiger Weise mit einer Sensibilität für Bedarfe nach

Austausch unter Gleichen einher. Differenzsensible Räume sollten ein Angebot sein und keine Zwangseinrichtung.

Wie kann die Gratwanderung zwischen der grundsätzlichen Anerkennung und Wertschätzung der Person bei gleichzeitiger Zurückweisung von rechtsextremen Einstellungen oder Ungleichwertigkeitsvorstellungen der Jugendlichen gelingen?

Diese Gratwanderung ist kein Spezifikum einer Pädagogik gegen Rechtsextremismus, sie stellt vielmehr eine alltägliche pädagogische Herausforderung dar: Die Gratwanderung von Anerkennung und Wertschätzung einerseits bei gleichzeitiger deutlicher Distanzierung gegenüber menschenverachtenden Einstellungen ist notwendiges und ständiges Repertoire der Pädagogik. Lehrerinnen und Lehrer, Fachkräfte der Jugendsozialarbeit erzählen immer wieder, dass sie zu Jugendlichen, die beispielsweise rassistische oder rechtsextreme Positionen vertreten, dennoch einen guten Kontakt haben, dass sie manchen dieser Jugendlichen Wertschätzung für andere Fähigkeiten und Einstellungen entgegenbringen können. Rechtsextrem orientierte Jugendliche (wir sprechen hier nicht von Kadern, also nicht von ideologisch gefestigten Rechtsextremisten) suchen ggf. die Provokation, tarieren Grenzen aus und suchen diese zu überschreiten. Pädagogik ist dafür da, diese Grenzwanderungen zu begleiten und ggf. deutlich Schranken aufzuzeigen. Aber so wie parteiliche Mädchenarbeit nicht aufhört, wenn ein Mädchen nicht nur Probleme hat, sondern auch Probleme macht, so hört auch eine grundsätzlich parteiliche Jugend(sozial)arbeit nicht bei rechtsextremen Orientierungen auf. In Auseinandersetzung mit diesen Jugendlichen sind die Kernkompetenzen der Pädagogik besonders gefragt:

- Die Pädagogin und der Pädagoge vertreten eine dezidiert demokratie- und menschenrechtsorientierte Position.
- Er/sie verbindet die grundsätzliche Wertschätzung der Person mit der notwendigen Abgrenzung von deren menschenverachtenden Einstellungen und Handlungen.³⁾
- Er/sie bemüht sich in einer fehlerfreundlichen und selbstreflexiven Weise, ein gutes Beispiel zu geben.
- Er/sie überträgt Aufgaben und ermutigt zum eigenständigen Handeln.

Ein Grunddilemma der Migrationspädagogik ist die Erzeugung des Anderen als Anderen. Wie kann eine differenzsensible Pädagogik mit der Ambivalenz der Konstruktion des Anderen als Anderen einerseits und der Unsichtbarmachung und dem Verschweigen von Differenz andererseits umgehen?

Es gibt keine dilemmata- und paradoxiefreie Pädagogik und dies gilt insbesondere für eine differenzsensible Migrationspädagogik. Grundsätzlich ist es sinnvoll, vor allem Jugendliche mit sog. Migrationsgeschichte als mehrfachzugehörige Menschen⁴⁾ wahrzunehmen, die nicht „zwischen den Stühlen“ sitzen, sondern sich auf verschiedenen Stühlen „zu Hause fühlen“. Sie sind keine defizitären Wesen, sondern können oftmals auf spezielle Erfahrungen und Kenntnisse zurückgreifen.

Indem Jugendliche in ihrer Individualität wahrgenommen und anerkannt werden, indem ihre Identitätssuche unterstützt und ermöglicht wird, indem auch identitäre Facetten anerkannt und zur Geltung gebracht werden, die nicht den Normalitätsvorstellungen der Gesellschaft entsprechen, indem sich eine Pädagogik für vielfältige identitäre Ausprägungen einsetzt und eine grundlegende Andersheit wertschätzt, erzeugt sie auch die Anderen als Andere. Ein Beispiel: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eines Jugendclubs, die sich dafür einsetzen, dass die Besucherinnen und Besucher ihres Hauses die ethnische, nationale und kulturelle Vielfalt des Wohnumfeldes widerspiegeln, stehen immer in der Gefahr, mit besonderen Angeboten die vermeintliche Besonderheit der Zielgruppe zu erzeugen. Sich keine Gedanken darüber zu machen, ob die OT von den verschiedenen Jugendlichen des Viertels frequentiert wird, kann zu einer unbewussten, aber wirkmächtigen Bevorteilung der dominanten Jugendgruppen führen und käme einer Benachteiligung derer gleich, die möglicherweise eh weniger Partizipationschancen haben. Auch Jugendliche mit sog. Migrationsgeschichte, die sich in ihren Einstellungen an machtvollen und gewaltvollen Stereotypisierungen, historisch-politischen Erzählungen und Mythen sowie an Organisationen und Parteien in den Herkunftsländern ihrer Eltern oder gar Großeltern orientieren, stellen eine Herausforderung für eine differenzsensible Pädagogik dar. Diese brisanten Rückbezüge auf Konflikte und Vorurteilsstrukturen in den Herkunftsländern der Vorfahren sind vielleicht Indiz für eine Mehrfachzugehörigkeit der Jugendlichen, die wiederum durch Erfahrungen des Nicht-Dazugehörens, der Diskriminierung befördert worden sind. Es ist u. U. schwierig, sich mit diesen Rückbezügen der Jugendlichen auseinanderzusetzen, denn diese Rückbezüge sind von Pädagoginnen und Pädagogen kaum zu verifizieren oder falsifizieren. Wenn die pädagogische Fachkraft nicht mit speziellen Kenntnissen ausgestattet ist, werden die pädagogischen Kompetenzen „halbiert“, d. h. die Fachlichkeit wird auf die pädagogischen Kernkompetenzen beschränkt, was die Auseinandersetzung mit der von den Jugendlichen vertretenen Ideologie nicht vereinfacht. Die Jugendlichen können den Pädagogen oder die Pädagogin mit dem Verweis „Du hast ja keine Ahnung“ leicht auf Distanz halten.

Die Schwierigkeit der pädagogischen Bearbeitung gewaltvoller ethnisch/nationalen Zuschreibungen und Handlungen zwischen Jugendlichen verschiedener Herkunft besteht darin, dass den Jugendlichen einerseits die Gelegenheit gegeben werden muss, ihre nicht nur differierenden, sondern u. U. auch sich widersprechenden historisch-politischen Erzählungen und Mythen zur Darstellungen bringen zu können. Andererseits aber müssen diese Erzählungen und Mythen in Bezug auf eine grundlegende Demokratie- und Menschenrechtsorientierung hin kritisch geprüft und ggf. zurückgewiesen werden. Der Selbstethnisierungstendenz, die dem Rückbezug auf ein Herkunftsland der Vorfahren innewohnen kann, und der ethnisch/national aufgeladene Konflikt zwischen Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft kann möglicherweise mit der pädagogisch angeleiteten Auseinandersetzung über den Lebensmittelpunkt der Jugendlichen begegnet werden. Dazu gehören sowohl die Frage, welche Relevanz die Stereotype, die Erzählungen und Mythen für den Lebensmittelpunkt Deutschland haben, als auch die Thematisierung gemeinsamer Wünsche und Zukunftsperspektiven sowie die Erarbeitung gemeinsamer Erfahrungen.

Aufgrund verschiedener Differenzlinien (z. B. Alter, Geschlecht, Klassenzugehörigkeit, ethnisch-nationale Herkunft, Bildung etc.) unterscheiden sich Pädagoginnen und Pädagogen möglicherweise in vielerlei Hinsicht von den Jugendlichen, mit denen sie arbeiten. Trotz dieser Differenzen gehen viele Fachkräfte davon aus, zu „wissen“, was die Jugendlichen fühlen, denken, welche Bedürfnisse sie haben und vor allem welche Unterstützung sie brauchen. Diesem Optimismus ist mit Skepsis zu begegnen. Wie kann die Annahme des Nicht-Verstehens konstruktiv für die pädagogische Arbeit genutzt werden, ohne in eine Verhaltensunsicherheit zu kippen, die die Pädagoginnen und Pädagogen zu lähmen droht?

Pädagogik in der Migrationsgesellschaft Deutschland ist oftmals mit einem besonderen Widerspruch konfrontiert: Auf der einen Seite werden Jugendliche mit sog. Migrationsgeschichte immer noch allzu oft als die „Anderen“ wahrgenommen und essentialisiert, auf der anderen Seite gehen Pädagoginnen und Pädagogen oftmals in einer optimistischen oder naiv anmutenden Vorstellung davon aus, zu wissen, was die Jugendlichen „brauchen“ bzw. was „für sie gut“ ist.

Verstehen ist eine unhintergehbare Voraussetzung pädagogischer und bildungspolitischer Arbeit. Ohne eine Vorstellung davon, was Kindern und Jugendlichen gemäß ist, wie sie unterstützt und gefördert werden können, welche Anerkennung sie brauchen, welche Grenzen gesetzt werden müssen und welche migrations- und

rassismusspezifischen Erfahrungen sie ggf. erlebt haben, ist es schwierig, pädagogisch zu arbeiten. Wenn also ein Mindestmaß an Verständnis notwendig ist, so sollte zugleich dem Verstehen des/der je Anderen mit Vorsicht begegnet werden. Verstehensprozesse stehen immer in der Gefahr der Kolonialisierung der Lebenswelt des/der Anderen, der Aufoktroierung der eigenen Lebenswelt – vielleicht weil sie den gängigen Normalitäts- oder Wertvorstellungen mehr entspricht als den Werten der Anderen.

Eine pädagogische Grundhaltung sollte gerade in einer Migrationsgesellschaft weniger durch vermeintliche Kenntnisse oder Verstehen gekennzeichnet sein als vielmehr durch Differenzsensibilität, also durch das Bedenken der Möglichkeit, dass der/die Andere anders ist als ich es mir vorstelle (und erwünsche) und dass die Differenz und Andersartigkeit auch nicht aufgelöst werden kann. „Nicht der Anspruch, den Anderen zu verstehen, sondern die Erkenntnis, dass der Andere different und nicht verstehbar ist, muss zum Ausgangspunkt interkultureller Bildung werden.“⁵⁾

Welche persönlichen Verstrickungen der pädagogischen Fachkräfte sind angesichts der Normalität des Rassismus zu berücksichtigen? Muss eine Migrationspädagogik auch diese Normalität des Rassismus in unserer Gesellschaft problematisieren?

Die Frage der individuellen Verstrickung in Rassismen ist heikel und sie ist insofern von Bedeutung, als eine kritische Auseinandersetzung mit ihr aufschlussreich für eigene Handlungsansätze sein kann, weil sie eine kritische Distanz zur eigenen Professionalität ermöglicht und somit vor Moralismus und/oder Rigorismus schützen kann. Im Kontext einer rassismuskritischen Pädagogik ist m. E. die Unterscheidung zwischen Verstrickungen und individuellen Einstellungen hilfreich: In Rassismen verstrickte Menschen sind nicht „moralisch schlecht“. Und selbst nicht moralisch schlecht denkende und handelnde Menschen können durch ihre Einbindung in rassistische Strukturen diese nicht individuell bekämpfen, sondern müssen sich vielmehr damit auseinandersetzen, dass sie innerhalb dieser Strukturen Rassismus mit befördern.

Zum Schluss

Die grundsätzliche Perspektive angesichts der Dilemmata und Paradoxien der Pädagogik in der Migrationsgesellschaft bestehen in einer kritischen und fehlerfreundlichen Selbstreflexivität. Damit ist eine stetige Reflexion sowohl der theoretischen Grundannahmen sowie der eigenen Praxis gemeint. Weil Migrationspädagogik immer in der Gefahr steht, schief zu gehen,

kann diese Selbstreflexivität nur als eine fehlerfreundliche gedacht werden, d. h. Fehler wahrzunehmen und nach Veränderungsmöglichkeiten zu suchen. Selbstreflexion braucht die Bereitschaft, die eigene Person, das Team, die eigene Arbeit selbstkritisch zu thematisieren; es braucht die Fähigkeiten, im Team/Kollegium fehlerfreundlich und kritisch zugleich sich als Subjekte wahrzunehmen und zu reflektieren. Es geht selten um richtig und falsch, vielmehr geht es darum zu erkennen,

- dass Menschen mit ihren individuellen Begrenzungen zu kämpfen haben, beispielsweise mit blinden Flecken und Voreingenommenheit;
- dass Strukturen Einschränkungen und Grenzen mit sich bringen, die wahrgenommen und – soweit möglich – verändert werden müssen;
- dass nicht auf alles sofort eine Antwort gefunden werden kann. Manchmal sind die richtigen Fragen wichtiger als vorschnelle Antworten;
- dass mit Reflexion ein Lern- und Verunsicherungsprozess einhergehen kann. (Selbst-)Reflexion ist ein Lernprozess und stellt Erfahrungen dar, „die in die Krise führen“.⁶⁾

„Professionelles Handeln ist darauf angewiesen, in ein grundlegend reflexives Verhältnis zu dem eigenen professionellen Handeln, seinen Bedingungen und Konsequenzen treten zu können. Damit dies nicht zu einer individuellen Präferenz von einzelnen erklärt wird, heißt dies: Schaffung von Strukturen professionellen Handelns, in denen Reflexion nicht nur möglich, sondern auch sinnvoll sowie attraktiv ist und systematisch unterstützt wird. Dabei bezieht sich die Reflexion in einer besonderen Weise auf die Grenzen professionellen Handelns, seine Einflusslosigkeit und seine paradoxen und problematischen Neben- und Hauptfolgen ...“⁷⁾

1) Der Terminus „Menschen mit sog. Migrationsgeschichte“ führt unmittelbar ein Dilemma der Migrationspädagogik vor Augen: Einerseits ist dieser Begriff nicht adäquat, denn für viele Menschen, beispielsweise der 3. Einwanderungsgeneration, ist die Einwanderung ihrer Vorfahren irrelevant. Das Problem ist aber, dass wir keinen angemessenen Terminus haben. Eine Migrationspädagogik kann aber nicht nur einfach von „Menschen“ oder von „Jugendlichen“ sprechen, weil eine undifferenzierte Sprechweise in der Gefahr steht, machtvoll Unterscheidungen und privilegierte Positionen zu verschweigen und damit den Status quo zu stabilisieren. Rassismuserfahrungen bspw. können nur dann thematisiert und problematisiert werden, wenn die Menschen mit den verschiedenen Merkmalen, z. B. Mädchen/Jungen, katholisch/muslimisch etc., benannt werden. Differenzen zu verschweigen, kann durchaus gewalttätig sein.

2) Pat Parker, zitiert nach Birgit Rommelspacher: Dominanzkultur. Texte zur Fremdheit, Berlin 1995, S. 10.

3) Die Kritik an der Akzeptierenden Jugendarbeit Ende der 1990er Jahre legte den Finger in die Wunde: Die Menschen, die in verschiedenen Projekten mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen arbeiteten, waren größtenteils pädagogisch nicht ausreichend qualifiziert und es fehlte ihnen vor allem an einem demokratie- und menschenrechtsorientierten politischen Standing, das aber für die Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen eine unhintergehbare Voraussetzung ist.

4) Vgl. Paul Mecheril: Prekäre Verhältnisse. Über natio-ethno-kulturelle (Mehrfach-) Zugehörigkeit, Münster/New York/München/Berlin 2003.

5) Christoph Wulf: Der Andere: Perspektiven zur interkulturellen Bildung, in: P. Dibié, Ch. Wulf (Hg.): Das Verstehen des Nichtverstehens. Ethnosoziologie interkultureller Begegnungen, Frankfurt a. M./New York 1999, S. 61-75.

6) Frigga Haug: Erfahrungen, die in die Krise führen oder: Wofür brauchen Lernende die Lehrer?, in: Das Argument, Sonderband 58, 1981, S. 67-77.

7) Paul Mecheril u. a.: Migrationspädagogik, Weinheim/Basel 2010, S.94.

Kontakte und Adressen

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW)

IDA-NRW dient Multiplikatoren und Multiplikatorinnen der Jugendhilfe als Anlaufstelle bei der Suche nach Informationen und Beratung zu den Themen Rassismuskritik, Rechtsextremismus und Migrationspädagogik. Zu den Schwerpunkten der Arbeit gehören die Herausgabe von Publikationen (z. B. Vierteljahresschrift „Überblick“), die Konzeption und Organisation von Veranstaltungen zum Themenspektrum, Fortbildungen und Qualifizierung von Fachkräften aus Jugendarbeit und Schule sowie Beratungs- und Vernetzungsarbeit für und mit anderen im Themenbereich tätigen Einrichtungen.

Ansprechpartnerin: Anne Broden

Volmerswerther Str. 20, 40221 Düsseldorf, Tel: 02 11 / 15 92 55-5, info@ida.nrw.de, www.ida-nrw.de

Netzwerk „Beratung von Eltern rechtsextrem orientierter Jugendlicher in NRW“

Das von IDA-NRW initiierte landesweite Netzwerk berät Familienangehörige und andere ratsuchende Bezugspersonen, wenn Jugendliche sich der rechtsextremen Szene annähern oder bereits in der Szene aktiv sind. Berater und Beraterinnen vor Ort helfen einzuschätzen, in welchem Maße der oder die Jugendliche in rechtsextreme Kreise eingebunden ist und welche pädagogischen Verhaltensweisen sinnvoll sind. Informationen und Kontakte zu Beratungsangeboten vor Ort vermittelt IDA-NRW unter:

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus

In NRW unterstützen fünf mobile Beratungsteams Kommunen, zivilgesellschaftliche Gruppen und Einzelpersonen im Umgang mit Rechtsextremismus vor Ort. Sie bieten z. B. Hilfe, wenn Rechtsextreme Jugendtreffs unterwandern oder im Umfeld von Schulen Propagandamaterial verteilen, wenn rechtsextreme Veranstaltungen oder Demonstrationen geplant sind oder Immobilien zur Schulung von Neonazis gekauft werden sollen. Die Arbeit der Beratungsteams in den fünf Regierungsbezirken wird begleitet durch die Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus.

Regierungsbezirk Arnsberg

Amt für Jugendarbeit der EKvW

Ansprechpartner: Dieter Frohloff

Haus Villigst, 58239 Schwerte, Tel: 0 23 04 / 75 51 90

netzwerk@afj-ekvw.de, www.gewaltakademie.de

Regierungsbezirk Detmold

AKE-Bildungswerk e. V.

Ansprechpartner: Dr. Karsten Wilke

Südfeldstr. 4, 32602 Vlotho, Tel: 0 57 33 / 9 57 37

karsten.wilke@ake-bildungswerk.de, www.ake-bildungswerk.de

Regierungsbezirk Düsseldorf

Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e. V.

Ansprechpartner: Sebastian Goecke und Marat Trusov

An der Bergbahn 33, 42289 Wuppertal, Tel: 02 02 / 5 63-27 59

sebastian.goecke@stadt.wuppertal.de, www.wuppertaler-initiative.de

Regierungsbezirk Köln

NS-Dokumentationszentrum, Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus

Ansprechpartner: Hendrik Puls und Patrick Fels

Appellhofplatz 23 - 25, 50667 Köln, Tel: 02 21 / 2 21-2 63 32

ibs@stadt-koeln.de, www.mbr-koeln.de

Regierungsbezirk Münster

Geschichtsort Villa ten Hompel

Ansprechpartner: Michael Sturm und Heiko Klare

Kaiser-Wilhelm-Ring 28, 48145 Münster, Tel: 02 51 / 4 92-71 09

kontakt@mobim.info, www.mobim.info

Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus

Landeszentrale für politische Bildung NRW

Ansprechpartnerin: Carmen Teixeira

Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf, Tel: 02 11 / 8 37-44 86

carmen.teixeira@mfkjs.nrw.de, www.politische-bildung.nrw

Back up - Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt

Die Beratungsstelle unterstützt Opfer rechter Gewalt. Sie bietet Raum, um über Erlebnisse und Erfahrungen zu sprechen, berät in juristischen Fragestellungen, begleitet auf Wunsch zur Polizei und anderen Behörden sowie zu Gerichtsprozessen. Back up konzentriert sich auf Betroffene im Raum Westfalen-Lippe.

Tel: 01 72 / 1 04 54 32

contact@backup-nrw.org, www.backup-nrw.org

Eine weitere Beratungsstelle für Betroffene rechtsextremer und rassistischer Gewalt mit dem Schwerpunkt Rheinland (Regierungsbezirke Köln und Düsseldorf) wird voraussichtlich Mitte 2012 ihre Arbeit aufnehmen. Informationen hierzu sind über IDA-NRW erhältlich.

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

Ausstieg statt Einstieg - Aussteigerberatung zum Thema Rechtsextremismus und Satanismus

Die Beratungsstelle der Stadt Witten richtet sich an ratsuchende Betroffene, Angehörige, Ein- und Aussteiger(innen), Lehrer(innen) und Erzieher(innen). Sie informiert, unterstützt und vermittelt Hilfe bei dem Ausstieg Jugendlicher aus rechtsextremen Bewegungen und Satanismus (Okkultismus und ritueller Gewalt).

Stadt Witten - Amt für Jugendhilfe und Schule

Ansprechpartnerin: Silvia Eilhardt

Marktstr. 16, 58452 Witten, Tel: 0 23 02 / 5 81-51 95

jugendhilfe-und-schule@stadt-witten.de, www.witten.de

Offensiv gegen Rechtsextremismus

Die Kontaktstelle ist ein regionales Projekt von EXIT-Deutschland in Dortmund: Sie berät zum Thema Rechtsextremismus und unterstützt Personen, die der rechtsextremen Szene den Rücken kehren wollen. Aussteigern und Aussteigerinnen werden konkrete Hilfen angeboten. Eine Kontaktaufnahme ist über eine Telefon-Hotline, E-Mail und Fax möglich.

c/o EXIT-Deutschland/ZDK-Gesellschaft Demokratische Kultur

Ansprechpartner: Bernd Wagner und Dierk Borstel

Postfach: 76 01 12, 10382 Berlin, Tel: 01 77 / 6 77 89 39

Fax: 0 30 / 42 01 85 08, info@dortmund-beratung.de, www.dortmund-beratung.de

NinA - Neue Wege in Ausbildung und Arbeit

Für die Emscher-Lippe-Region bietet das Projekt NinA mit Sitz in Gelsenkirchen und Recklinghausen Unterstützung beim Ausstieg aus der rechtsextremen Szene an. Durch ein individuelles Coaching zur sozialen und kulturellen Neueinordnung soll jungen Menschen die Möglichkeit eröffnet werden, sich von ihrer Perspektivlosigkeit zu verabschieden und sich von der rechtsextremen Szene zu lösen.

HelpLine: 01 76 / 9 311 97 65

nina.gelsenkirchen@reinit.de, nina.recklinghausen@reinit.de, www.ausstieg-zum-einstieg.de

Aussteigerprogramm Nordrhein-Westfalen

Das beim Innenministerium (Abteilung Verfassungsschutz) angesiedelte Aussteigerprogramm unterstützt Personen, die die rechtsextreme Szene verlassen möchten. Über das Bürgertelefon der Landesregierung „NRW-direkt“ wird der Kontakt zu einem Betreuer im Aussteigerprogramm hergestellt, der mit Ausstiegswilligen ein individuelles Konzept erarbeitet und bei der Umsetzung behilflich ist.

Bürgertelefon (NRWdirekt): Tel: 01 80 / 3 100 110

kontakt@aussteiger.nrw.de, www.aussteiger.nrw.de

Ak Ruhr - Arbeitskreis der Ruhrgebietsstädte gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen

Im AK Ruhr haben sich Jugendämter, öffentliche Einrichtungen, Organisationen und Vereine zusammengeschlossen, um der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus unter Jugendlichen eine neue Qualität zu geben. Das traditionelle Spektrum der Jugendarbeit soll erweitert, pädagogische Angebote sollen vernetzt und der Informationsfluss über die kommunalen Grenzen hinaus soll gewährleistet werden. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf der Netzwerkarbeit.

c/o Stadt Dortmund - Jugendamt/Respekt-Büro

Ansprechpartner: Stefan Woßmann

Geschwister-Scholl-Str. 33-37, 44135 Dortmund, Tel. 02 31 / 5 02 99 42

swossmann@stadtdo.de, <http://sites.google.com/site/akruhr>

Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage (SOR-SMC)

SOR-SMC ist ein Projekt von und für Schüler und Schülerinnen, die gegen alle Formen von Diskriminierung, insbesondere Rassismus, aktiv vorgehen und einen Beitrag zu einer gewaltfreien, demokratischen Gesellschaft leisten wollen. Dabei geht es besonders darum, Zivilcourage zu entwickeln und ein Schulklima zu schaffen, in dem „anders sein“ als Normalfall akzeptiert wird. Die Landeskoordination SOR-SMC bei der Hauptstelle RAA NRW unterstützt die Aktivitäten der über 250 Netzwerkschulen in NRW und fördert die Vernetzung der Schulen untereinander sowie mit Projektpartnern vor Ort.

Hauptstelle RAA - NRW

Ansprechpartnerin: Renate Bonow

Tiegelstraße 27, 45141 Essen, Tel: 02 01 / 8 32 83 07

renate.bonow@hauptstelle-raa.de, www.raa.de/schule-ohne-rassismus.html

Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus und Neonazismus (Forena) - FH Düsseldorf

Neben Grundlagen- und anwendungsbezogener Forschung ist die Qualifizierung und beratende Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure ein Arbeitsfeld des Forschungsschwerpunktes. Hierzu gehören Gutachten zu Entwicklungen der extremen Rechten, die Evaluation von Demokratieprojekten, Vortragstätigkeiten und Weiterbildungsveranstaltungen. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen beraten auf Anfrage zivilgesellschaftliche Akteure oder stellen Kontakte zu anderen Fachleuten her.

Fachhochschule Düsseldorf/FB 6

Leiter: Prof. Dr. Fabian Virchow

Universitätsstr. 1, Geb 24.21, 40225 Düsseldorf, Tel: 02 11 / 8 11-46 25

forena@fh-duesseldorf.de, www.arbeitsstelle-neonazismus.de

Online-Beratung gegen Rechtsextremismus

Die Online-Beratung des Vereins „Gegen Vergessen - Für Demokratie“ ist eine anonym nutzbare Internet-Anlaufstelle für alle, die in ihrem privaten oder beruflichen Umfeld mit rechtsextremem Denken und Handeln konfrontiert werden. Die Beratung erfolgt per Mail, Einzel-Chat oder moderiertem Gruppen-Chat.

www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de

Schon angeklickt?

Bildungsmaterialien gegen Rechtsextremismus unter www.vielfalt-mediathek.de



Die Konfrontation mit Rechtsextremismus vor Ort kann unterschiedliche Formen annehmen und auf viele verschiedene Arten auftreten:

- Rechtsextreme oder rassistische Gewalt
- Wahlerfolge rechtsextremer Parteien
- Schülerinnen oder Schüler mit rechtsextremer Kleidung
- rechtsextreme Aufkleber und Flugblätter im Stadtteil
- islamfeindliche und rechts-populistische Aktivitäten
- ein lokales Bürgerbüro der NPD
- Demonstrationen oder Konzerte von Neonazis in der Stadt
- ...

Entsprechend situationsbezogen müssen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus Bündnissen, Beratungnetzwerken, Kommunen, Schulen oder Politik darauf reagieren. Die Vielfalt-Mediathek unterstützt dabei und stellt unter www.vielfalt-mediathek.de fast 1.500 Bildungs- und Informationsmaterialien zur Verfügung – zum kostenlosen Verleih oder Download.

Die Vielfalt-Mediathek wird gefördert durch „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“ und „XENOS - Integration und Vielfalt“.

Ausgewählte Materialien aus der Vielfalt-Mediathek



Deutsche Jugendfeuerwehr im Deutschen Feuerwehrverband e. V.: Demokratie steckt an Trainingshandbuch für die JuLeCa-Ausbildung und den Jugendfeuerwehralltag

- Trainingshandbuch mit Methoden und Materialien
- Sensibilisierung für Rassismus, Rechtsextremismus, Sexismus und Antisemitismus
- Stärkung einer demokratischen Verbandskultur



Medienprojekt Wuppertal e. V.: Jugendliche und Rechtsextremismus. Beiträge zu unterschiedlichen Ausprägungen von Rechtsextremismus

- Dokumentarfilm „Das braune Chamäleon“ (55 Min.) über Erscheinungsformen des Rechtsextremismus mit Beispielen zu Musik, Styles, Internet, antimuslimischen Rassismus etc.
- Weitere Kurzfilme und Bonusmaterial (132 Min.) mit Berichten von Aussteigern oder Frauen in der rechtsextremen Szene



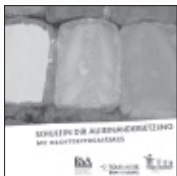
Heiko Klare, Michael Sturm: „Dagegen!“ Und dann...?! Rechtsextreme Straßenpolitik und zivilgesellschaftliche Gegenstrategien in NRW

- Informationen zu rechtsextremen Straßenpolitiken
- Strategien gesellschaftlicher Gegenwehr
- Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteure



Thüringer Beratungsdienst für Eltern, Kinder und Jugendliche: Rechtsextremismus – das betrifft mein Kind? Ratgeber für Eltern

- Informationen zu Symbolen, Kleidung, Musik
- Handlungs- und Verhaltenstipps für den Umgang mit rechtsextremen Äußerungen, Verhalten etc.
- (Straf-)rechtliche Informationen



RAA Brandenburg: Schule in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus

- Arbeitshilfe für Lehrkräfte
- Hintergrundinformationen zu Rechtsextremismus, (Alltags-)Rassismus, Jugendkulturen
- Tipps für den Umgang mit Rechtsextremismus in der Schule



Akademie für Sozialpädagogik und Sozialarbeit e. V./BBE: Gemeinsam handeln! Für Demokratie in unserem Gemeinwesen! Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Rechtsextremismus im ländlichen Raum

- Handreichung zu Präventions- und Interventionsstrategien gegen Rechtsextremismus im ländlichen Raum
- Hintergrundinformationen und Serviceteil mit Checklisten für Veranstaltungen, Mustersatzungen/-verträge, Methoden etc.



Gesicht zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e. V.: Fit gegen rechts!

- Materialpaket für siebte bis zehnte Klassen an Haupt- und Gesamtschulen
- Multimediale Methoden, didaktische Tipps und Hilfen
- Themen: Identität und Gruppenzugehörigkeit, Berufsorientierung, demokratische Strukturen in der Schule, Film- und Medienprojekte



Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR): Ladenschluss jetzt! Kommunale Handlungsstrategien im Umgang mit rechtsextremer Infrastruktur

- Informationen zu Funktionen rechtsextremer Erlebniswelten und Infrastruktur
- Tipps zum Umgang mit Rechtsextremismus in der Kommune
- Handlungsempfehlungen für Inhaberinnen und Inhaber von Gaststätten oder Ladenlokalen
- Rechtliche Hinweise

www.vielfalt-mediathek.de